

Definitionen aus dem Bereich „Asyl und Flucht“

Abschiebungsverbot	kein positiver Bescheid eines Asylantrags nach GG, AsylG oder AufhG; aber keine Rückführung aufgrund konkreter Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit im Herkunftsland möglich
Asylberechtigte	Personen, die in Deutschland bereits einen Schutzstatus nach Grundgesetz (Art. 16a) erhalten haben (Grund: schwerwiegende Menschenrechtsverletzung im Herkunftsland)
Asylbewerberleistungsgesetz	regelt die Höhe und Form von Leistungen zur Sicherung des Grundbedarfs von Asylbewerber*innen; gilt für Asylbewerber*innen, Ausreisepflichtige und für andere Ausländer*innen, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten dürfen
Asylbewerber*innen	Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den aber noch nicht entschieden wurde
Asylsuchende	Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den aber noch nicht entschieden wurde
Aufenthaltserlaubnis	zeitlich befristeter Aufenthaltstitel für Ausländer*innen in Deutschland; Erteilung durch Ausländerbehörde; kann verlängert oder in (unbefristete) Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden
Aufenthaltsgestattung	Aufenthaltsstatus zur Bescheinigung eines rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland während des Asylverfahrens
Aufenthaltstitel	rechtliche Erlaubnis für Ausländer*innen zum Aufenthalt in Deutschland; z. B. Visum, Aufenthaltserlaubnis (befristet) und Niederlassungserlaubnis (unbefristet, räumlich unbeschränkt, zur Erwerbstätigkeit berechtigt)
Ausländer*in	jede Person, die im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116, Absatz 1) kein*e Deutsche*r ist
Deutsche*r	wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebene*r deutscher Volkszugehörigkeit oder als deren/dessen Ehepartner*in oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat (GG)
Dublin Verfahren	internationales Verfahren, bei dem festgestellt wird, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist

Duldung	Bescheinigung über eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ ausreisepflichtiger Ausländer*innen aufgrund z. B. humanitärer oder medizinischer Gründe
Flüchtling	Personen, die in Deutschland bereits einen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 3 AsylG) erhalten haben (Grund: begründete Furcht vor Verfolgung von (nicht-)staatlichen Akteur*innen aufgrund rassistischer Verfolgung, Nationalität, politischer Überzeugung, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe)
Flüchtlingsschutz	Asyl-Schutzform aufgrund von Verfolgung wegen Nationalität, politischer Überzeugung, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, geregelt in § 3 Asylgesetz (AsylG), auf Grundlage Genfer Flüchtlingskonvention
Königsteiner Schlüssel	legt jährlich Quote fest, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss; ausgerichtet an Steuereinnahmen (2/3 Anteil bei der Bewertung) und der Bevölkerungszahl (1/3 Anteil bei der Bewertung).
Migrationshintergrund	eine Person, die selbst, oder von der mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist
Niederlassungs- erlaubnis	Aufenthaltstitel, der zum unbefristeten Aufenthalt zur Erwerbstätigkeit in Deutschland berechtigt; Voraussetzungen (z. B. Sicherung des eigenen und familiären Lebensunterhalts) müssen erfüllt sein
Subsidiärer Schutz	Asyl-Schutzform; zwar keine individuelle Verfolgung nachweisbar, aber davon auszugehen, dass ernsthafter Schaden wie Folter / Todesstrafe droht; geregelt in § 4 Asylgesetz (AsylG)

Quellen und weiterführende Informationen

- Neue Deutsche Medienmacher e. V.: Glossar. URL: <https://glossar.neuemedienmacher.de/>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Glossar.
URL: <https://www.bamf.de/DE/Service/ServiceCenter/Glossar/functions/glossar.html;nn=282918>

© 2019 IQ Fachstelle Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung, c/o VIA Bayern e. V., München
Mehr Informationen unter: www.netzwerk-iq.de/fachstelle-interkultur-und-antidiskriminierung

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.